

1 **Antrag 104/II/2014**

2 **KDV Spandau**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5 **Keine Sonderrechte**

6 Die sozialdemokratischen Abgeordneten des Abgeord-  
7 netenhauses von Berlin werden aufgefordert, dafür Sor-  
8 ge zu tragen, dass Flüchtlingen keine gesonderten Rech-  
9 te eingeräumt werden, die in Deutschland seit Jahren  
10 aufhältlichen Ausländern verwehrt bleiben.

11

12 Das gilt nicht für Rechte, die sich aus dem Flüchtlings-  
13 status selbst ergeben.

14

15 **Begründung**

16 Dass denjenigen, die durch rechtlich zweifelhafte  
17 Handlungen die öffentliche Meinung erregen, be-  
18 sondere Rechte eingeräumt werden, erregt nicht nur  
19 diejenigen, die mit ihrem gleichen oder auch deutlich  
20 schwierigerem Flüchtlingsschicksal unbeachtet blei-  
21 ben. Immer mehr Migranten, die seit vielen Jahren  
22 rechtmäßig in Berlin leben, fragen sich, warum sie  
23 wegen geringfügiger Anlässe in das Herkunftsland  
24 abgeschoben werden sollen, während diejenigen, die  
25 illegal in Deutschland leben und rechtswidrig handeln,  
26 bevorzugt werden.

27 Das bedeutet nicht, Flüchtlingen und ihrem schweren  
28 Schicksal die besondere Aufmerksamkeit zu verweigern  
29 und ihnen eine auf ihr persönliches Schicksal abgestell-  
30 te einfühlsame Einzelfallprüfung zu verweigern.

31 Umgekehrt darf es aber nicht geschehen, dass denjeni-  
32 gen, die oft seit Jahrzehnten in Deutschland rechtmäßig  
33 leben, verweigert wird, was anderen nach medienwirk-  
34 samen Protesten gewährt wird.

35

36

Rücküberweisung an Antragsteller